

*Das hier transkribierte Video-Interview ist im Rahmen der Initiative „bewirk – Gemeinsam fürs Klima“ entstanden. Die Videos sollen Menschen inspirieren und helfen, ähnliche Projekte in ihrem Umfeld umzusetzen. Insgesamt werden zwölf Bürger*innen aus Schleswig-Holstein von der Heinrich-Böll-Stiftung SH zwischen Juni 2021 und März 2022 interviewt. Die Videos sind Bestandteil einer Digitalen Toolbox, die weitere Bürger*innen dazu motivieren soll, aktiv für den Klimaschutz zu werden. Weitere Informationen zum Projekt und die dazugehörigen Videos sind zu finden unter www.bewirk.sh.*

Das Vorhaben wurde aus dem Bundesprogramm Transnationale Zusammenarbeit des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt des Berichtes liegt beim Autor.

Uwe Carstensen, ehrenamtlicher Vorstand der
BürgerGemeindeWerke in Breklum:

CO₂-neutrale Bürgerwerke übernehmen Verantwortung für kommende Generationen

Uwe Carstensen ist ehrenamtlicher Vorstand der Bürger GemeindeWerke in Breklum. Ziel der Bürgerwerke ist die Versorgung der Gemeinde Breklum mit CO₂-neutraler Nahwärme. Diese lokale Wärmeversorgung, dient nicht nur dem Klimaschutz. Damit soll vor allem Verantwortung für die nächste Generation übernommen werden. Wie die Bürger GemeindeWerke trotz einiger Schwierigkeiten sich erfolgreich entwickelt haben, erzählt Herr Carstensen im Interview.

Heinrich-Böll-Stiftung SH: Wie kam es zur Gründung der Bürger GemeindeWerke Breklum?

Uwe Carstensen: Die Gründung, das habe ich mir herausgeschrieben, weil ich nicht Gründungs-mitglied bin, war am 21.04.2016. Ist also schon eine ganze Zeit lang her. Die Gründungs-mitglieder waren damals der Bürgermeister, also die Gemeinde steht dahinter, die Investitions-bank vor Ort und der Genossenschaftsverband, der ja den Gründungsprozess begleitet hat und viele Bürger aus der Gemeinde. Besonders treibend war damals ein Mitglied aus dem Gemeinderat, der dann auch zum Vorstand aufstieg und auch das Ganze begleitet hat.

Die Genossenschaft wurde gewählt, weil das genossenschaftliche Prinzip einen großen Vorteil hat. Nämlich: Jeder kann einsteigen mit einem kleinen Betrag. Jeder hat eine Stimme. Die Haftung ist begrenzt und wenn man dann in dem Prozess der Jahreshauptversammlung ist, legt die Genossenschaft bzw. legen die Mitglieder fest, wie zum Beispiel die Preise für die Wärme oder die Fortentwicklung der Genossenschaft sein sollen. Wird also, wie wir es jetzt vorhaben, ein weiterer Ausbau stattfinden, dann ist der Genosse gefragt. Wir stellen es vor: „Das und das wären die Rahmenbedingungen. Das und das würde die finanzierende Bank mittragen. Das und das sind die Konditionen, zu denen wir dann ausbauen würden. Und das wären die Folgewirkungen für uns.“ Und dann geht das ganz demokratisch in dieses genossenschaftliche Prinzip hinein und die Genossenschaft sagt, wie wir vorgehen sollen. Wir haben natürlich immer auch die Alternativen. In unserem Fall gibt es nicht so viele Alternativen, weil wir nur durch den Ausbau eine Liquidität haben. Wir kommen in den kommenden Jahren in einen Liquiditätsengpass und durch den Ausbau können wir den Liquiditätsengpass aufheben. Und wenn wir den aufgehoben haben, dann sind wir auf der schwarzen Null. Dann können wir später andere Bereiche mit ausbauen, die uns dazu helfen, den Preis der Wärme zu vermindern.

Also schon 2016 hat sich diese Gruppe auf die Fahnen geschrieben, dass man CO₂-reduzierend vorgehen will. Das kann man auf verschiedene Art und Weise machen. Hier wurde damals angedacht, den Gaseinkauf über Biogas zu machen. Dieser Weg konnte dann nicht ganz verfolgt werden. Das hat finanzielle Gründe, weil hier zwei Jahre nach der Gründung der Unternehmer, der unser gesamtes Objekt aufgebaut hat, insolvent gegangen ist. Wir kamen dann in diesen Trudel hinein und die Genossenschaft musste sich erst mal selbst retten, so dass wir diese CO₂-Neutralität erst jetzt im Fortgeschrittenen realisieren können.

Dazu haben wir aber richtig gute Ansätze. Der erste Ansatz ist, dass wir bei dem nächsten Ausbau, das nennt sich bei uns Bauabschnitt 2 und 3, dass wir dort über Pellets reden. Wir wollen einen Pelletofen für die Energieerzeugung einsetzen und dann im späteren Ausbau wollen wir Power-to-Heat integrieren. Dazu gibt es eine Masterarbeit von einer jungen Studentin aus Flensburg, die uns auch vorliegt. Die müssen wir noch auswerten, ob wir das finanziell dann durchsetzen können für den nächsten Bauabschnitt, wo dann der Gemeindeteil Borsbüll zum Beispiel dazu kommen würde.

Die CO₂-Neutralität wird in dem ersten Bauabschnitt insbesondere auch erreicht durch den Einsatz von einer Solarthermie-Anlage. Wir haben eine großflächige Solarthermie-Anlage, die gerade an einem Tag wie heute, an dem die Leute langsam anfangen wieder ein bisschen zu heizen, die volle Wärme liefert. Wir haben einen Zwischenspeicher, wo diese Wärme dann reingeht und dann über Nacht gespeichert wird und dann für den morgendlichen Wärmeverbrauch vollständig ausreicht. Da läuft also kein anderer Wärmeerzeuger, nur die Solarthermie.

Welche Aktivitäten hat die eG bereits durchgeführt?

Was haben wir schon gemacht? Was haben wir schon geschafft? Wir haben unsere kleine Wärmezentrale und von dort läuft die Leitung quer durchs Dorf an einem Strang bis hoch zur Kirche. Der Großteil der an dieser Leitung liegenden Objekte ist schon angeschlossen. Das sind also unsere Hauptabnehmer. Hierzu gehört zum Beispiel das Christian-Jensen-Kolleg, die Kirchengemeinde selbst, der Kirchenkreis und die Schule, unser kleines Schwimmbad und einige Privatleute, plus dann die Kirche am Ende des Strangs. Das sind im Moment die Haupt-abnehmer.

Es war dann so gedacht, weitere Gebiete zu erschließen. Da kam dann die Insolvenz des Generalunternehmers dazwischen. Und nachdem wir jetzt alle Probleme aufgearbeitet haben und uns auch mit den Banken wieder einig sind, wollen wir also jetzt zwei weitere Bereiche erschließen. Dazu gibt es schon eine Machbarkeitsstudie, die durch einen Fonds der Investitionsbank unterstützt wird. Dafür haben wir unseren Partner swb gewinnen können, der unser Netz ja auch schon sehr gut kennt und dann die gesamten Analysen für den Ausbau gemacht hat – was braucht man für ein Rohrnetz, was braucht man für eine Energiezentralenerweiterung. Diese ganzen Analysen sind fertig. Der Herr Brunklaus von der swb hat alles akribisch durchdacht und wir können jetzt die Ausschreibungen beginnen. Da fehlt uns das letzte Go von unserer investierenden Hauptbank, unsere VR-Bank, auch eine Genossenschaft wie wir. Wir sind ja schon lange genossenschaftlich organisiert hier in der Gemeinde, so dass das für die Genossenschafts-VR-Bank kein Fremdkörper ist. Wir greifen uns also gegenseitig unter die Arme. Würden wir nicht weiterbauen, würden wir scheitern. Das möchte die VR Bank nicht. Wir möchten selbst auch nicht scheitern. Deswegen gehen wir jetzt im ersten Schritt in den Ausbau Bauabschnitt II und III und später dann über Riddorf und Borsbüll in die Gesamtgemeinde.

Unser Ziel ist es, jedem Bürger in der Gemeinde das Angebot zu machen, sich mit CO₂-neutraler Energie zu versorgen. Die Schritte müssen gestaffelt sein, weil aus dem ersten Bauabschnitt Investitionen getätigt worden sind, die wir erst einmal bezahlen müssen. In den nächsten Schritten haben wir aber durch unsere Größe und unsere Stärke die Möglichkeit, die CO₂- Neutralität hinzukriegen. Über die

Ingenieure, die im Hintergrund rechnen, kriegen wir die Bestätigung, dass wir mit unserer Leistungsfähigkeit und unserem System auch dazu in der Lage sind.

Wie ist die Akzeptanz der Bürger*innen? Wie kommen Sie mit den Bürger*innen ins Gespräch?

Unser Hauptfund sind in dem Bereich die Gemeinderatsmitglieder. Der Bürgermeister selbst ist Aufsichtsratsvorsitzender und ich selbst wohne hier schon lange in der Gemeinde und war lange im Gemeinderat tätig. Meine Familie ist hier sehr stark verankert in der Gemeinde und alle kennen uns. Also es ist wirklich so, dass die Akteure hier vor Ort gut bekannt sind. Wir haben einen Vertrauensvorsprung, weil wir auch schon andere Dinge hier für die Gemeinde geregelt haben, wie zum Beispiel die Gründung zweier Windparks, die nur Mitglieder aus der Gemeinde selbst haben. Das sind also Bürgerwindparks. Das haben wir schon mitbegleitet und sie kennen uns und wissen, wenn wir etwas organisieren, dann ist das fundamental unterlegt. Das ist ein Pfund, das wir also aufnehmen können.

Der Kontakt mit den Bürgern ist ganz einfach. Man ruft sie an und sagt: Du hattest eine Frage, du möchtest anschließen? Ich rechne dir das aus. Du entscheidest frei. Und diese freie Entscheidung, die jeder Bürger dort treffen kann, ist auch die Arbeit, wie wir sie sehen. Wir zwingen keinen, sondern jeder entscheidet frei. Unsere Zahlen, die wir vorlegen, sind so, dass jemand, der weiß, was die Politik in Zukunft für Ideen hat, mit der CO₂-Bepreisung oder was da noch alles so auf uns zukommt. Es wird ja schärfer werden, als wir das uns jetzt vorstellen. Aufgrund der letzten Ereignisse, die alle kennen, wissen wir, dass dann immer mehr zu uns kommen werden, weil das der Schlüssel ist. Größe in unserer Form hat die Chance zur CO₂-Neutralität. Der einzelne Bürger kann in sein Haus investieren, aber er kann es nicht schaffen, so schnell den Wandel zu begleiten, wie wir es können.

Wie wichtig ist der Einsatz von Hauptamt und Ehrenamt? Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

Also unser hauptamtlicher Vorstand, der ist unentbehrlich. Wir haben so viele Prozesse zu begleiten, die sehr, sehr formal sind. Sehr viele Bankunterlagen, Verträge mit Versicherungen, Verträge mit der SH-Netz, Dienstleistern, alles Mögliche. Diese ganzen Vertragsunterlagen, das kann ein Ehrenamtler nebenher nicht durchschauen. Es gibt auch neue Gesetzesgrundlagen. Die Gesetze, die jetzt gerade von der BAFA (Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle) herausgegeben wurden, wie GEG (Gebäudeenergiegesetz), EM (Einzelmaßnahmen), betrifft jeden einzelnen Neuabnehmer hier bei uns beim Ausbau Bauabschnitt II, III und es betrifft uns als Energieversorger. Diese ganzen Dinge auseinander zu pflücken und dann die richtigen Anträge zum richtigen Zeitpunkt zu stellen – oder den Antrag noch nicht zu stellen, weil das Gesetz gerade gemacht wird und dann für uns wirksam wird – diese gesamten Dinge zu begleiten ist ehrenamtlich nicht zu schaffen.

Der Ehrenamtler ist sozusagen der Bürger in der Gemeinde, den die Menschen kennen und sagen: Dem können wir die Frage stellen. Und diese Frage wird dann in der Übersetzung zum Hauptamtlichen getragen, so dass wir dann hier aus unserer Expertise heraus dem einzelnen Bürger, der sich gerne anschließen lassen will, die Frage für sein Einzelkleinproblem beantworten können. Dazu haben wir auch Partner. Das ist einmal, wie ich schon gesagt hatte, die swb. Der technische Hintergrund: eine riesige Firma, die auch Juristen an Bord hat, Ingenieure und so weiter. Und hier vor Ort ist ein Heizungsbauer, der dann für den Fall da ist, wenn wir ein Problem haben, zum Beispiel bei der Hausübergabestation oder wenn jemand sagt: Meine Heizung steht noch in der Küche, so eine alte Gerco-Truhe, wo kann ich das besser machen? Dann können wir diesen Unternehmer vor Ort bitten, dort hinzugehen. Der wird dann auch von uns über diese Machbarkeitsstudie bezahlt. Er muss das nicht ehrenamtlich machen und er kann dann sagen: So und so wäre deine beste Lösung und so und so kannst du dich bei uns hier anschließen lassen. Oder es gibt für dich keine gute Lösung. Du musst mal sehen, wie du das selbst

hinkriegst. Das ist dann eine Übergangslösung, aber natürlich nicht für uns die Lösung. Wir versuchen natürlich, jeden auch so finanziell abzuholen, dass er das kann.

Beim Finanziellen – ich weiß nicht, ob das jetzt an dieser Stelle so indirekt reinpasst – ist es wirklich so, dass wir von dem Bürger, der sich anschließen will, einen Block von 5000 Euro nehmen. Das ist dann Kapital. Das geht rein in die Genossenschaft, bleibt aber das Geld des Genossen. Das heißt, sollte dieser Genosse später einmal sein Haus vererben, vererbt er auch diese 5000 Euro. Sollte dann später irgendwann jemand sagen: Ich will aber nicht mehr mitmachen und aussteigen, bekommt er die vollen 5000 Euro zurück nach einer Regelung, wie es im Genossenschaftsrecht üblich ist. Also das Geld geht nicht weg, sondern es bleibt mein Eigentum. Ich bin Eigentümer der Genossenschaft insgesamt.

Welche Empfehlungen können Sie Bürger*innen oder Gemeinden geben, die sich vergleichbare Ziele setzen?

Die größte Schwierigkeit ist, dass man alle erreicht. Und, wenn man alle erreichen will, dass man die Versprechen, die man abgibt, nachher auch halten kann. Man braucht ein breites Kreuz gegen die Anfeindungen, die da kommen, und die Zweifler und so weiter, dass man die überwindet. Das heißt, man braucht eine Kerngruppe, die mutig ist und die sich dieser Aufgabe auch verpflichtet fühlt. Es ist gut, wenn diese Kerngruppe einen größeren Teil der Gemeindevertretung umfasst, so dass man dann die größeren Akteure in der Gemeinde, Firmen, Großabnehmer schon mal zu sich ziehen kann und sagen kann: Würdet ihr mitmachen, wenn? Also so ein Gemisch von: Wir starten alle gemeinsam, wenn. Das braucht man einen Background, der einen trägt. Das ist nicht so einfach hinzukriegen. Dazu muss man Menschen haben, die auch klug handeln können. Es nützt nichts, wenn man einen Techniker hat. Man muss auch Menschen begeistern können. Da muss also jemand sein, der diese Sache auch rüberbringt, so richtig. Und den muss man einfach in die Mitte stellen. Das muss nicht der sein, der mit den Banken verhandelt. Das muss nicht der sein, der die Verträge mit den Lieferanten ausarbeitet, oder der das technische Know-how hat. Das muss der sein, der sagt: Wenn ich das so und so vermittele, stimmt das dann. Und dann kann er auf die Menschen zugehen und sie abholen. Das ist, glaube ich, das Schwerste des Ganzen. Und auch wenn man in der Gründung ein Versprechen gibt, dass man das auch halten kann. Für den betrieblichen Start gibt es einen ganz, ganz wichtigen Grundsatz. Wenn man eine Genossenschaft ist und einen Vorstand hat, oder eine GmbH und einen Vorstand, dann darf man nicht davon ausgehen, dass diejenigen, die dann den Bau durchführen, alles so machen, wie das für die Genossenschaft gut ist oder für die GmbH. Da muss man wirklich Schienen der Kontrollstrukturen einziehen. Der Vorstand kontrolliert denjenigen, der das Ganze verteilt. Unter dem Verteiler müssen die Firmen sitzen, die durchführen. Der Verteiler muss Kontrollen durchführen bei der Arbeit. Wenn das alles in einer Hand ist, das heißt, der Entwickler der Gesamtaufgabe ist eine Firma, der Kontrolleur ist eine Firma und die Durchführung ist eine Firma, dann hat man das Problem, dass innerhalb dieser Strukturen die Kontrolle des Aufsichtsrats für dieses gesamte Gebiet durch die Kontrollstrukturen abgeschirmt wird, die die Firma hat. Da kann die Firma natürlich ihre Schattenseiten verbergen. Das kann sie nicht, wenn hier oben jemand sitzt und die durchführenden Firmen kontrolliert.

Man muss also wirklich eine Trennung durchführen zwischen Durchführer, zwischen Finanzierer und zwischen Aufsicht. Und diese Aufsicht muss man kontrollieren, dass man dort Einfluss nimmt und sagt: Report: Was habt ihr gesehen? Was passiert wirklich? Wird alles so eingehalten? Werden die Kosten eingehalten? Wird das so gebaut, wie wir abgemacht haben?

Dafür ist der Vorstand dann da. Der muss dann auch die Moderation zwischen den betroffenen Bürgern lenken: „Ach, die haben hier durch meinen Garten gegraben, das war doch anders abgemacht.“ Also diese ganze Moderation, die muss ja auch noch stattfinden. Da ist dann wieder das Ehrenamt aus dem Vorstand gefragt. Und das Hauptamt aus dem Vorstand muss diese Kontrollstrukturen wirklich

zungenmäßig begleiten. Wir haben da eine sehr schlechte Erfahrung gemacht. Jetzt machen wir eine sehr gute Erfahrung, weil wir jetzt dieses neue Prinzip anwenden.

Für die Machbarkeitsstudie haben wir eine Ausschreibung gemacht und konnten die Expertise unserer Firma nutzen, die uns schon als technischer Berater begleitet hat, also das technische Know how für den Betrieb der Energieanlage hat. Diese Firma wird dann, wenn es nach der Ausschreibung dann auch so kommt, die Aufsicht übernehmen. Aber die sitzt natürlich nicht hier vor Ort. Deswegen gibt es ein Versprechen, das wir vertraglich einfordern wollen, dass die Bauaufsicht und die Aufsicht insgesamt Personen sein müssen, die auch immer hier vor Ort sein können. Das kann nicht sein, dass jemand aus Hamburg oder woher auch immer hier einmal die Woche raufkommt. Das muss so by the way gehen, dass da jemand in den Graben guckt: Machen die das ordentlich? Wird bei der Hausübergabe-Station richtig gearbeitet? Und ist das so, wie wir uns das vorstellen? Diese Person muss also vor Ort sein.

Wie das Wärmenetz in Breklum aussieht und wie es weiter ausgebaut wird, ist auf der Webseite der Bürger GemeindeWerke Breklum unter www.bgw-breklum.de zu finden.

Kommentar von Herr Carstensen zum Stand der neuen Bauabschnitte im Dezember 2021:

Für den Start des Ausbaus der Abschnitte 2 und 3 fehlt noch die Förderzusage des Landes Schleswig-Holstein. Ohne diese Förderung kann der Ausbau nicht wie geplant stattfinden. In dem Fall werden die Bürger GemeindeWerke wohl sehr kleinschrittig ausbauen, immer nur die wirklich rentablen Streckenabschnitte. Eine Versorgung der gesamten Gemeinde wird dann eher mit Hilfe von Quartierskonzepten zusammen mit der Gemeinde Breklum erreicht werden können.

Auf das Vorhaben wirkt sich nachteilig aus, dass momentan die Materialpreise für den Ausbau sehr stark steigen und Lieferzeitpunkte ungewiss sind. Durch den Regierungswechsel ändert sich die Förderkulisse grundlegend, hoffentlich zum Vorteil der Bürger GemeindeWerke.

Da die Energiepreise steigen, lohnt sich ein Anschluss an die Nahwärme immer mehr und CO₂-neutrales Heizen wird vorteilhafter.

Anmerkung: Das Video zum Interview wurde gekürzt. Die hier transkribierte Version hält das komplette, ungekürzte Video-Interview fest.